

# Baumschutz: Bürger sollen mitreden

Umweltausschuss gab am Mittwoch den Startschuss zur Ausarbeitung einer neuen Satzung / Stadt weist Vorwürfe zurück

VON KAI KOPPE

**Cuxhaven.** Mehrheitlich haben die Mitglieder des städtischen Umweltausschusses dafür votiert, eine neue, für das Stadtgebiet geltende Baumschutzsatzung auf den Weg zu bringen. In der Ausschusssitzung am Mittwoch wurde der Beschluss mehrfach als „Start des Verfahrens“ beschrieben – als Signal an Skeptiker, die befürchten, dass ein von der Verwaltung vorgelegter Entwurfstext ohne viel Federlesens Gesetz werden könnte.

Der Entwurfstext ist wortgleich mit dem Inhalt einer umstrittenen Allgemeinverfügung, die verwaltungsseitig Mitte Dezember erlassen wurde und nicht zuletzt unter Landwirten für deutliche Kritik sorgte: Wie berichtet befürchten Bauern, die nach eigenen Angaben über Generationen hinweg und in nachhaltiger Form Nutzholzwirtschaft betrieben haben, durch die Regeln der Allgemeinverfügung in ihrem Handeln so eingeschränkt zu werden, dass zum Beispiel der Betrieb von Hackenschnitzel- oder Scheitholzkeseln auf vielen Höfen infrage gestellt würde.

Detlef Budke, beratendes Ausschussmitglied und Mit-Initiator einer Unterschriftenaktion gegen die Stadt-Verfügung, warnte am Mittwoch noch einmal davor, dass Reglementierungswut Landwirte dazu bewegen könnte, entgegen der bisher gepflegten Praxis keine Bäume mehr auf ihren Flächen nachzupflanzen.

## Verwaltung betont, nicht „drangsalieren“ zu wollen

Der Verfügungstext, in welchem der Schutzstatus einer Reihe von Baumarten an bestimmte Maßangaben gekoppelt ist, sei nichts



**Die Frage, wo man im Stadtgebiet die Säge ansetzen darf (und wo nicht) soll durch eine Neufassung der Baumschutzsatzung sehr viel leichter zu beantworten sein: Das stellte die Verwaltung in der jüngsten Sitzung des Umweltausschusses in Aussicht. Unser Archivbild zeigt eine gefällte Kiefer auf dem heutigen Neubaugelände an der Duhner Spitze.** Foto: Koppe

anderes als eine Arbeitsgrundlage für die finale Satzung, hielt man Kritikern - unter ihnen auch die CDU-Ratsfrauen Christine Buck und Melanie Eitzen-Fischer - in der Sitzung entgegen. Auf Eitzen-Fischers Hinweis auf eine bereits existierende, aus dem Jahr 2008 stammende Baumschutzsatzung, legte Peter Altenburg („Die Cuxhavener“) dar, dass die bis dato vorhandenen Regelungen eher als ein auf Freiwilligkeit basierendes Modell zu begreifen seien, welche die Klimaproblematik und das heutige Verständnis davon komplett außen vor ließen.

„Die Stadt hat nicht das Ziel, Bürger zu drangsalieren“: An-

derslautenden Auffassungen begegneten Stadtbaurat Andreas Eickmann und Fachbereichsleiterin Anja Stute mit einem Hinweis auf die Bundesgesetzgebung, nach welcher Eingriffe in Natur und Landschaft ohnehin genehmigungspflichtig sind. Stute zufolge wäre die neue Satzung (auch unter diesem Aspekt) ein Gewinn für Bürgerinnen und Bürger: Verschaffe sie doch Sicherheit - dahingehend, was erlaubt ist und was nicht.

## Unterscheidung zwischen Innen- und Außenbereich?

Aus Sicht des FDP-Ratsherren Günter Wichert wird es darauf ankommen, Genehmigungsver-

fahren, die in Zukunft bei Fällmaßnahmen notwendig sein könnten, auch in technischer Hinsicht so einfach wie möglich zu gestalten.

Im Namen der SPD-Fraktion plädierte auch Gunnar Wegener dafür, das Procedere „schlank und unbürokratisch“ zu halten. Für diejenigen, die Holz wirtschaftlich nutzen, dürfte keine „unbillige Härte“ entstehen, ergänzte Wegener in Anlehnung an die Unterschriftenaktion, verteidigte aber die Allgemeinverfügung der Stadt („Die hat uns auch überrascht“) als rechtlich zulässig: Zu Corona-Zeiten habe die Kreisverwaltung schließlich auch im Alleingang Anordnun-

gen getroffen. Was die spätere Baumschutzsatzung angeht, vertrat SPD-Fraktionskollege Cord Wichmann die Auffassung, dass man gegebenenfalls zwischen der Situation im Innen- und im Außenbereich (sprich: zwischen Stadt und Land) differenzieren müsse.

„Wir wollen auf jeden Fall Bürgerbeteiligung“, ergänzte er in Bezug auf die Ausarbeitung künftiger Baumschutzregeln.

Letzteres bedeutet, dass auch diejenigen Cuxhavenerinnen und Cuxhavener gehört werden, die sich „mehr“ vorstellen können als bisher zum Schutz von Nadel-, Laubbäumen und Hecken geplant ist.